

## **Bürokratisierung und Ökonomisierung der Forschung: die Sicht der Professoren und Professorinnen der Soziologie und der Politikwissenschaft**

### **1. Einleitung**

Die deutsche Hochschullandschaft und damit die universitäre Forschung waren in den vergangenen zehn Jahren starken Veränderungsprozessen ausgesetzt, die ihre Spuren in allen Disziplinen hinterlassen haben. Der Bologna-Prozess, der unter anderem die Umstellung der traditionellen Studiengänge auf das Bachelor-Master-System vorantreibt, die Globalisierung, die eine internationale Wissenschaftselite begründet hat, der allseits propagierte Übergang zur Wissensgesellschaft, die Exzellenzinitiativen der Bundes- und Landesregierungen oder die zunehmende Privatisierung von Forschung sind Beispiele für verschiedene Entwicklungen, welche die Rahmenbedingungen der Forschung an Universitäten tief greifend verändert haben.

Die Wissens- und Wissenschaftssoziologie hat viele dieser Prozesse in ihren Implikationen für die kommerzielle, außeruniversitäre und universitäre Forschung thematisiert und analysiert. Allerdings konzentrierte sich das Erkenntnisinteresse der unterschiedlichen Studien und Publikationen überwiegend auf die technikorientierten Disziplinen, die Naturwissenschaften und die Medizin. Hingegen blieben die Human-, Sozial- und

Gesellschaftswissenschaften als Untersuchungsgegenstand der Wissenschaftsforschung weitgehend unberücksichtigt.

Die vorliegende empirische Untersuchung<sup>1</sup> über die Bürokratisierung und Ökonomisierung der Forschung in Soziologie und Politikwissenschaft versucht, diesen blinden Fleck innerhalb der Wissenschaftssoziologie teilweise zu schließen. Sie untersucht die veränderten Rahmenbedingungen der vornehmlich empirisch arbeitenden sozialwissenschaftlichen Forschung. Konkret: Welche externen Impulse wirken auf die Forschung in der Soziologie und Politologie ein, und welche Auswirkungen haben sie für den Forschungsprozess? Die Präzisierung der Fragen und Hypothesen folgt zunächst den in der diesbezüglichen Fachliteratur<sup>2</sup> formulierten Behauptungen – und damit unabhängig von den fokussierten Disziplinen. Eine Zuspitzung erhalten die Forschungsfragen zunächst durch die Definition der Grundgesamtheit: Professoren und Professorinnen der Soziologie und der Politikwissenschaft an deutschen Universitäten. Damit ist die Universität eines der thematisierten Umweltsegmente, deren Einflüsse auf die Forschungsaktivitäten erfasst werden sollen. Daneben werden Peers/Scientific Community, Politik, Medien und Ökonomie als Einflussfaktoren (unabhängige Variablen) berücksichtigt. Auch die Bestimmung dessen, was beeinflusst werden könnte (abhängige Variable) muss mit Bezug auf die sozialwissenschaftlichen Forschungsstrategien erfolgen: hierfür wurden die Bausteine sozialwissenschaftlicher (empirischer) Forschungsdesigns einbezogen.

## **2. Datenerhebung und Feldbericht**

Die Datenerhebung fand in Form einer Onlinebefragung statt. Mittels des Onlinefragebogentools von Unipark konnte die gesamte Befragung per Internet stattfinden. Als Grundgesamtheit dienten knapp 972 Professoren und Professorinnen der Politikwissenschaft und der Soziologie mit Lehrstühlen an deutschen Universitäten und Fachhochschulen (Statistisches Bundesamt 2007). Davon wurden 743 befragt.

Bewusst wurden nur Lehrstuhlinhaberinnen und -inhaber ausgewählt, da sie i.d.R. über genug Erfahrung verfügen, um auch die Veränderungen der Forschungslandschaft in den letzten zehn Jahren bewerten zu können. Juniorprofessoren und -professorinnen sind dagegen nicht in die Stichprobe aufgenommen worden. Bewusst sind hingegen emeritierte Professoren und

---

<sup>1</sup> Dabei handelt es sich um ein Lehrforschungsprojekt im Institut für Politikwissenschaft (Uni Duisburg-Essen) unter der Leitung von Prof. Dr. Dieter Grunow

<sup>2</sup> Vgl. dazu unten die Liste der Schriften, die im Rahmen des Projektes ausgewertet wurden.

Professorinnen berücksichtigt worden, da sie häufiger noch aktiv in Forschungsprojekten engagiert sind und über viel Erfahrung verfügen. Mit dieser Erfahrung können sie vor allem die Veränderungen der Forschungsbedingungen an den Hochschulen bewerten.

Die Feldphase erstreckte sich über knapp drei Monate im Zeitraum von August bis Dezember 2008. Insgesamt lag das Gesamtsample bei 743 Probanden. Da nicht alle Probanden erreicht werden konnten, liegt das bereinigte Gesamtsample bei insgesamt 664 Probanden. Ausgehend von diesen 664 Probanden, lag die Nettobeteiligung bei 25,9%, dies entspricht 172 Probanden.

Nach der Beendigung der Befragung wurden 31 Probanden aus dem Datensatz entfernt, da sie entweder keine Antworten abgaben oder nur einige wenige Fragen beantwortet hatten. Die realisierte Stichprobe umfasst somit  $n = 143$  Probanden, welche für die Auswertung Berücksichtigung fanden. Damit blieb die Mitwirkung der Hochschullehrer und -lehrerinnen im Rahmen der üblichen Response-Rate bei Online-Befragungen - ein u.E. enttäuschendes Ergebnis.

Die nun folgende Ergebnisdarstellung gibt einen Überblick über einige der untersuchten Fragen bzw. Themen, verbleibt dabei aber durchweg beschreibend.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Eine ausführliche Fassung wird für die Publikation in den Fachgesellschaften Soziologie und Politikwissenschaft vorbereitet.

### 3. Deskriptive Analyse

Einige Ergebnisse der Befragung sind im nun folgenden Kapitel zusammengefasst. Es gliedert sich in die drei Bereiche: Personenmerkmale der Befragten (3.1), Universitätskontext (3.2) und gesellschaftliche Schnittstellen (3.3).

#### 3.1 Personenmerkmale

\* Die Fachrichtungen Soziologie (43%) und Politikwissenschaft (53, 5%; Rest: k.A.) sind hinreichend gleichmäßig vertreten, so dass ein Vergleich der Gruppen möglich ist (s.u.).

\* Von den Befragten geben 86,7% an, empirisch zu forschen, so dass eine wesentliche Voraussetzung für die Untersuchung der verschiedenen Schnittstellen (z.B. Medien – Forschung) gegeben ist.

\* Die Altersverteilung zeigt erwartungsgemäß einen großen Anteil der älteren und einen sehr geringen der jungen Befragten.

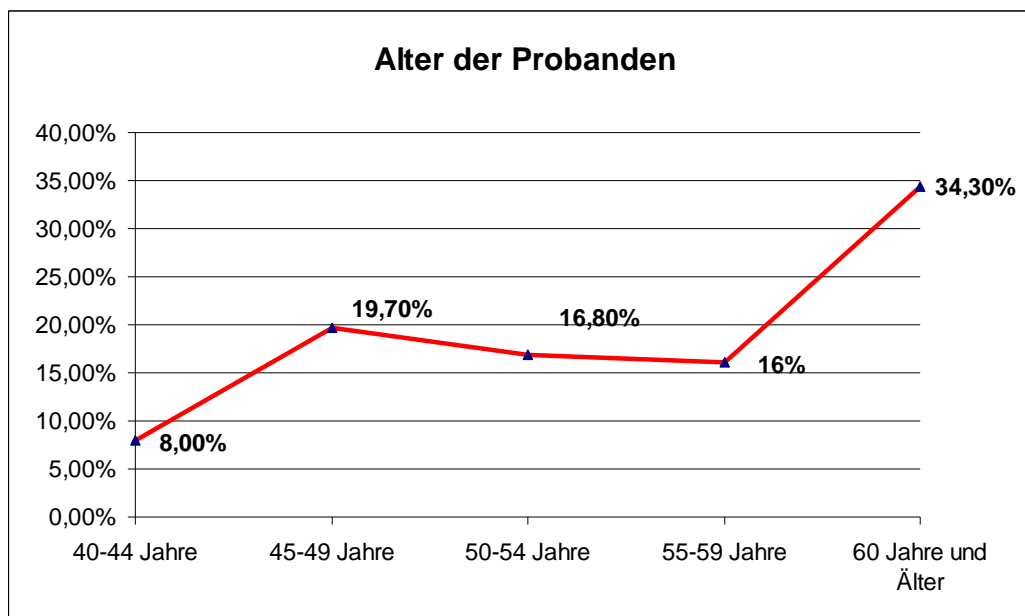


Abbildung 01: Altersverteilung der Probanden

### 3.2 Universitätskontext

Die Universität bildet das Arbeitsumfeld und damit den institutionellen Rahmen der Probanden, in dem der überwiegende Teil der Forschung stattfindet. Im zweiten Schritt soll der Einfluss möglicher Veränderungen durch den Umbau der Hochschullandschaft in Deutschland auf die (empirische) Forschung in Erfahrung gebracht werden.

Der Umbau der Hochschullandschaft erfolgt maßgeblich vor dem Hintergrund des Bologna-Prozesses, welcher eine stärkere Ausrichtung der Hochschulen an marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten verlangt. Dieses würde, so die erste These, eine Ökonomisierung der Hochschullandschaft mit sich bringen.

Gleichzeitig steht Bologna aber auch für neue, verschulte Studiengänge. Diese führen zu deutlich mehr Bürokratie. Die zweite These lautet demnach, dass diese Bürokratie Zeit und Kraft der Forscher und Forscherinnen beansprucht, welche dann für die Forschung fehlt.

#### 3.2.1 Zunahme der Lehre und der Verwaltungstätigkeit (Bürokratie)

Eine Vermutung ist, dass die Zunahme von Bürokratie und Lehrtätigkeit die Zeit für Forschungsvorhaben einschränkt. Viele Probanden können Forschungsvorhaben aufgrund von Restriktionen, die in Zusammenhang mit den Lehrstuhlaufgaben stehen, nicht umsetzen.

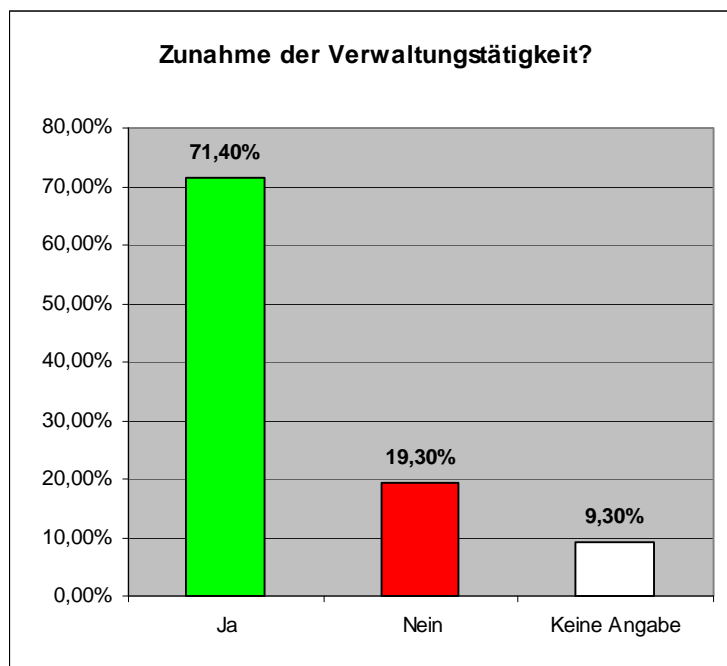


Abbildung 02: Zunahme der Verwaltungstätigkeit an der Hochschule

Auf die Frage, ob die Organisations- und Verwaltungstätigkeit in den letzten Jahren zugenommen habe, bejaht dieses eine klare Mehrheit von 71,4%. Nur 19,3 % der Probanden können keine Zunahme der Verwaltungstätigkeit an ihrer Hochschule ausmachen.

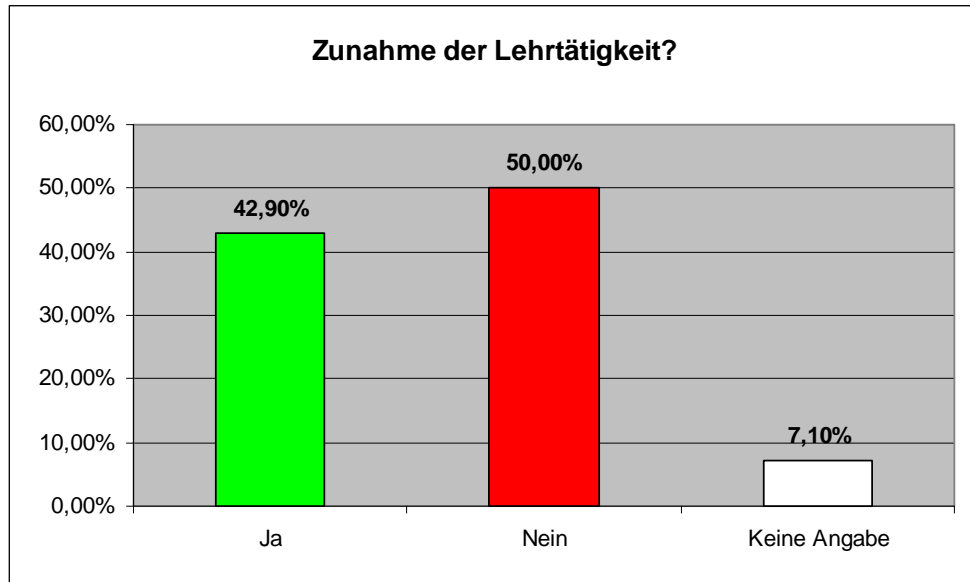


Abbildung 03: Zunahme der Lehrtätigkeit

Die Antwort hinsichtlich bei der Zunahme der Lehrtätigkeit fällt ausgeglichener aus. Hier geben nur 42,90% an, der Umfang der Lehrtätigkeit habe zugenommen, 50,0% verneinen die Antwort.

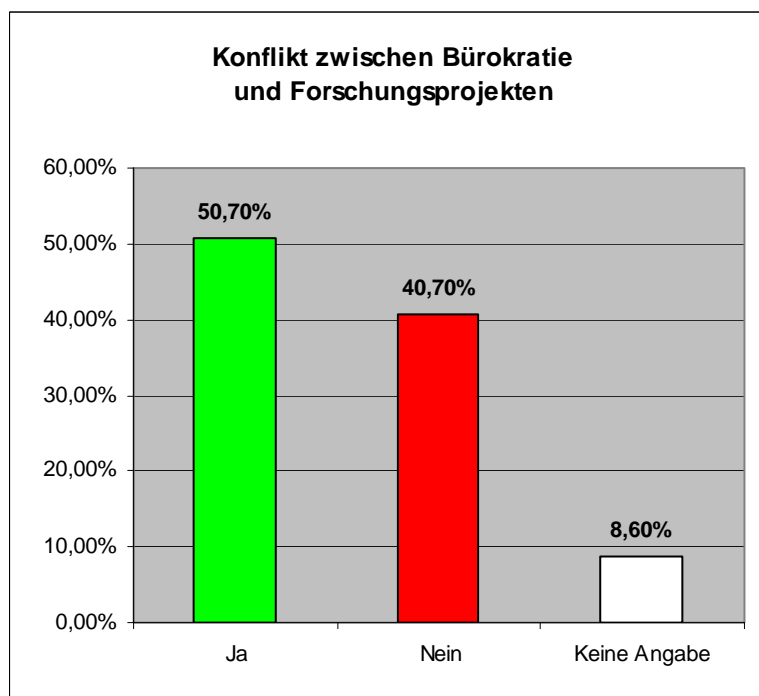


Abbildung 04: Konflikt zwischen Bürokratie und Forschungsdurchführung,

Auf die Nachfrage, ob diese Zunahme des Umfangs von Lehr- und Verwaltungstätigkeit tatsächlich zum Verzicht von Forschungsprojekten geführt habe, antworten demnach 50,7%, dass sie aufgrund von höherer Verwaltungstätigkeit auf Forschungsprojekte verzichtet hätten. Wegen des steigenden Umfangs von Lehrtätigkeit haben nur 37,9% auf Forschungsvorhaben verzichten müssen, wie die folgende Grafik zeigt.

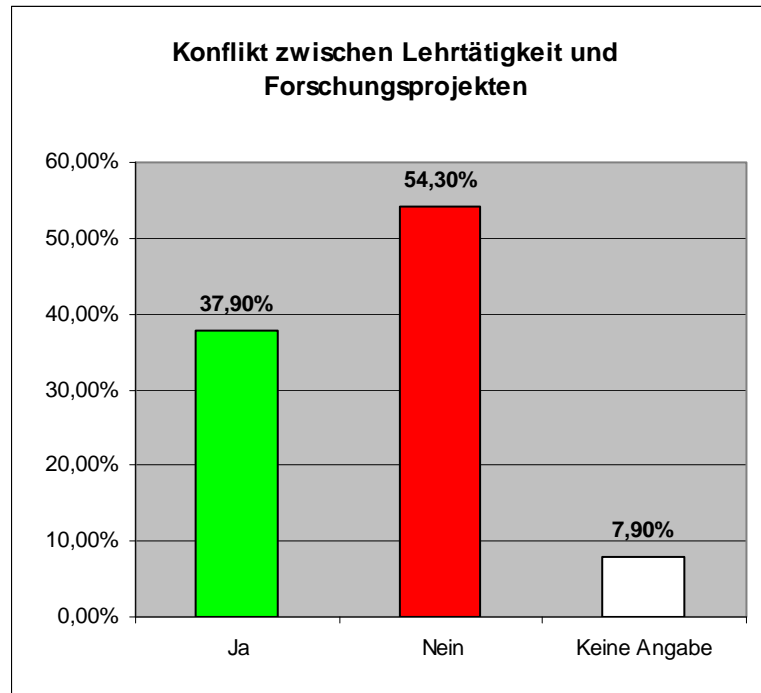


Abbildung 05: Konflikt zwischen Lehrtätigkeit und Forschungsdurchführung,

Die Mutmaßung, der Bologna-Prozess habe negative Auswirkungen auf die Forschung, bestätigt sich nur teilweise. Die Zunahme der Lehrtätigkeit wirkt sich nicht in dem negativen Umfang auf die Forschung aus wie ursprünglich angenommen. Dennoch musste mehr als ein Drittel der Probanden auf Forschungsvorhaben verzichten. Die kräftige Zunahme der Verwaltungstätigkeit wirkt hingegen klar als Hemmnis für Forschungsvorhaben. In wieweit diese Expansion der Bürokratie auf den Bologna-Prozess zurückzuführen ist, bleibt allerdings offen. Auch weitere Verwaltungstätigkeiten fallen darunter.

### 3.2.2 Gelder der Universität für die Forschung

Forschungsvorhaben benötigen in den allermeisten Fällen finanzielle Mittel zur Realisierung. Der Umfang hängt dabei von der Größe und dem Aufwand des Vorhabens ab.

Mit der zunehmenden Ökonomisierung der Hochschulen sind die Forscher und Forscherinnen deutlich stärker auf Drittmittel zur Realisierung von Forschungsvorhaben angewiesen. Die Gelder der Hochschulen sind nicht ausreichend, um Forschungsvorhaben umzusetzen, so die zentrale Annahme dieses Fragenblocks.

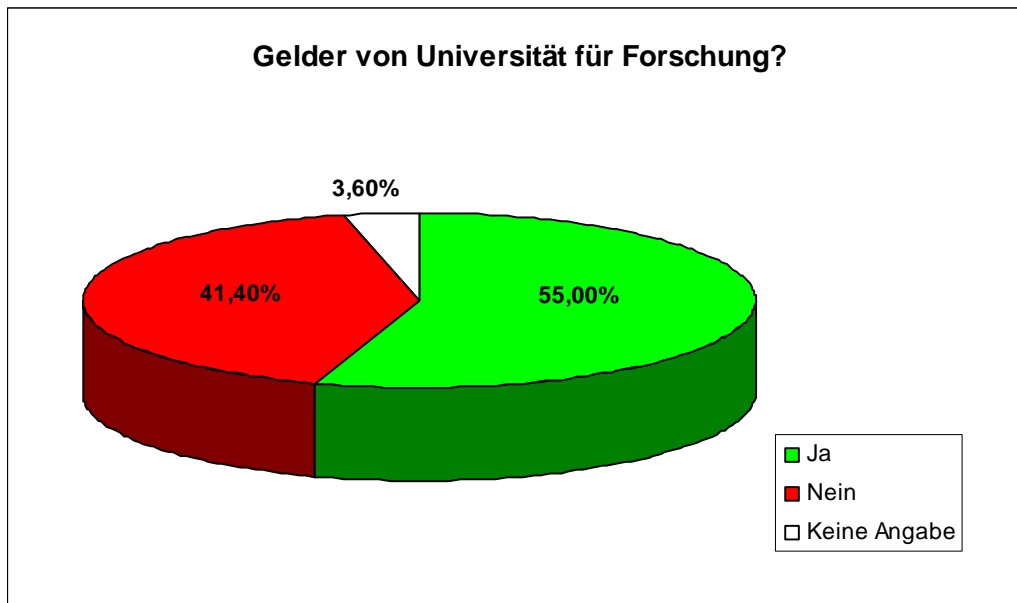


Abbildung 06: Gelder durch Hochschule für Forschungsvorhaben

Die Universität stellt in der Regel Gelder für Forschungszwecke zur Verfügung. Bei den befragten Probanden ist dieses aber nur bei etwas mehr als der Hälfte die Regel (55,0%). Hingegen geben 41,4% an, dass an ihrer Hochschule keinerlei Gelder für Forschungsvorhaben bereitstehen. Damit wären über 40% der Probanden bei Forschungsvorhaben automatisch auf Drittmittel angewiesen.

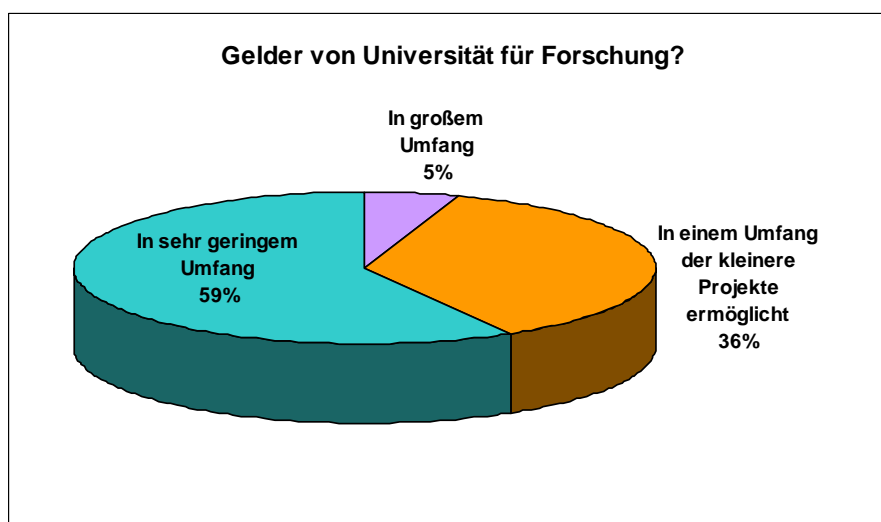


Abbildung 07: Umfang der Hochschulgelder für Forschung



Bei der Differenzierung der Zustimmung ergibt sich, dass diese Mittel zumeist nur einen sehr geringen Umfang aufweisen (59%). 36% geben an, die Mittel reichen für kleinere Projekte. Lediglich 5% sagen, dass die zur Verfügung gestellten Mittel für große Projekte ausreichen. Die Mehrheit hat somit lediglich Geldmittel für kleine oder sehr kleine Projekte zur Verfügung.

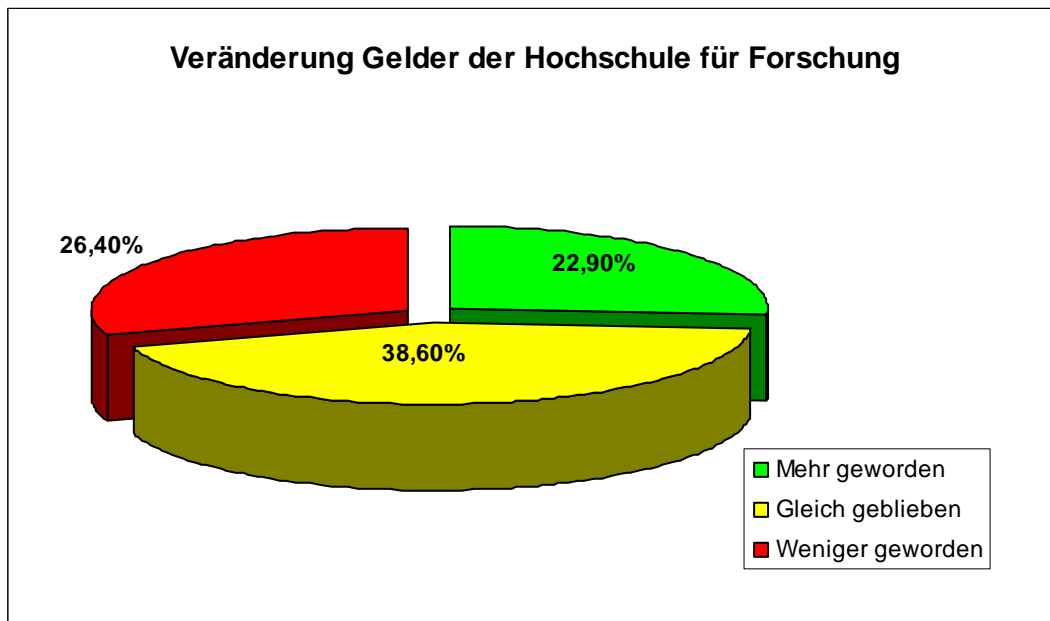


Abbildung 08: Veränderung der Hochschulgelder für Forschung

Auf die Frage, ob diese Geldmittel zugenommen oder abgenommen haben, bestätigen 38,6%, dass die Mittel gleich geblieben sind. Eine jeweils etwa gleich große Gruppe macht eine Verringerung (26,4%) bzw. Vergrößerung (22,6%) der Geldmittel aus. Das Ergebnis erscheint ausgeglichen und lässt die Schlussfolgerung zu, dass die Gelder im Mittel in etwa konstant geblieben sind.

Folglich ist keine drastische Reduzierung der Geldmittel von Seiten der Hochschulen zu attestieren. Jedoch besteht demnach seit längerer Zeit ein hoher Zwang auf Drittmittel zurückgreifen zu müssen, um Forschungsvorhaben realisieren zu können. Immerhin geben 41,4% der Probanden an, gar keine Gelder von ihrer Hochschule zur Verfügung gestellt zu bekommen. Eine hohe Abhängigkeit von Drittmitteln ergibt sich weiter dadurch, dass die Geldmittel meist nur für kleinere Projekte ausreichend zur Verfügung stehen.

### 3.2.3 Ausstattung/Rahmenbedingungen an Hochschulen

Neben Geld benötigen die Forscherinnen und Forscher personelle und technische Ausstattung, um Forschungsvorhaben in die Tat umsetzen zu können. Diese Ausstattung sollte von der Hochschule zur Verfügung gestellt werden.

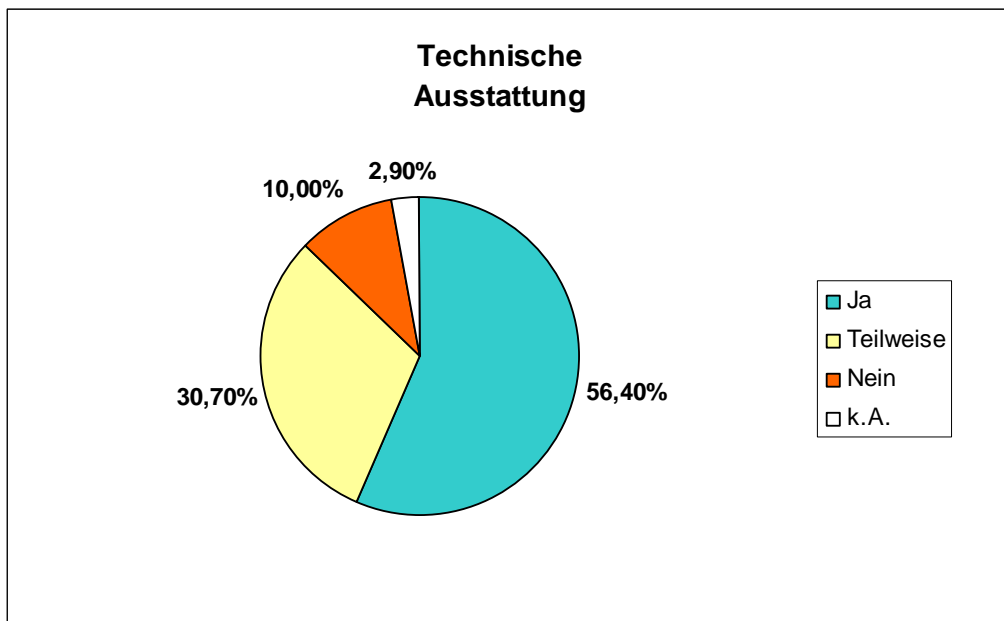


Abbildung 09: Technische Ausstattung für Forschungsprojekte

Technische Ausstattung in Form von Räumen, Computern, Zugang zu Bibliotheken etc. sind eine notwendige Grundvoraussetzung. Eine Mehrheit gibt an, dass dieses in ausreichendem Maße zur Verfügung steht, 30,7% sprechen aber von nur teilweise zur Verfügung stehender Ausstattung. Nur 10% sind der Ansicht, dass diese Ausstattung gänzlich fehlt.

In Bezug auf die technische Ausstattung bestehen insofern Mängel an deutschen Hochschulen.

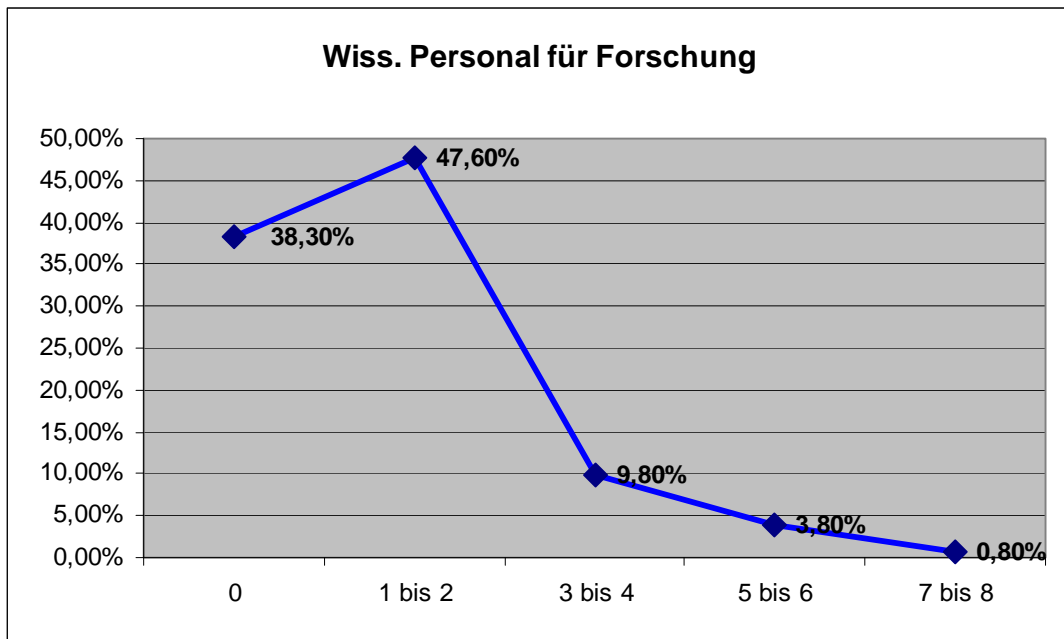


Abbildung 10: Wissenschaftliches Personal für Forschungsvorhaben

Es fällt sofort auf, dass die Ausstattung mit wissenschaftlichem Personal sehr schwach ist. Deutlich mehr als ein Drittel geben an, gar kein Personal für Forschungszwecke zur Verfügung zu haben. Nicht ganz die Hälfte gibt an, lediglich ein bis zwei Personen für Forschungszwecke rekrutieren zu können. Immerhin 9,8% können auf drei bis vier wissenschaftliche Mitarbeiter zurückgreifen, nur 4,6% auf fünf bis maximal acht Personen. Um die Ausstattung mit wissenschaftlichem Personal ist es folglich eher schlecht bestellt.

### 3.2.4 Forschung an Universitäten

Die Probanden wurden aufgefordert, die Entfaltungsmöglichkeiten für Forschungsvorhaben an ihrer jeweiligen Hochschule zu bewerten.

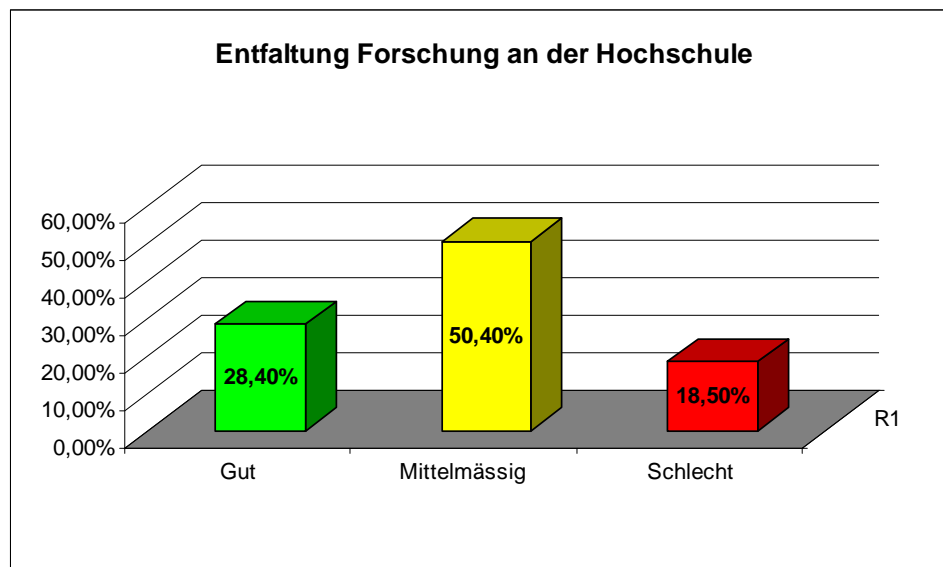


Abbildung 11: Bewertung der Entfaltungsmöglichkeit der Forschung an der Hochschule,

Auf die Frage ergibt sich eine Tendenz zum Mittelmaß: 28,4% bewerten die Möglichkeiten als gut, die Hälfte (50,4%) als mittelmässig. Immerhin 18,5% bewerten die Möglichkeiten als schlecht.

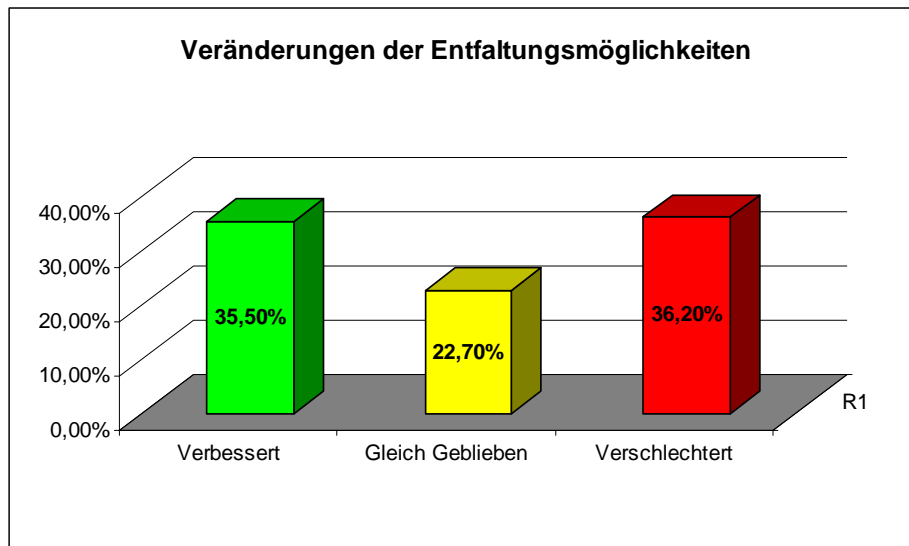


Abbildung 12: Veränderung der Entfaltungsmöglichkeit der Forschung an der Hochschule,

Die Veränderung dieser Entfaltungsmöglichkeiten an der Hochschule zeigt in der Gesamtbetrachtung ebenfalls ein äußerst heterogenes Ergebnis. Die Zahl derer, die eine Verbesserung (35,5%) ausmachen, ist ungefähr gleich groß mit der Gruppe, die eine Verschlechterung (36,2%) feststellen. 22,7% sehen den Status Quo unverändert.

### 3.2.5 Gesamtbewertung

Nach der Bewertung der Entfaltungsmöglichkeit für Forschungsvorhaben, wurde im letzten Schritt nach einer Gesamtbewertung der Forschungsfreundlichkeit der Hochschule (unter Verwendung von Schulnoten) gefragt.

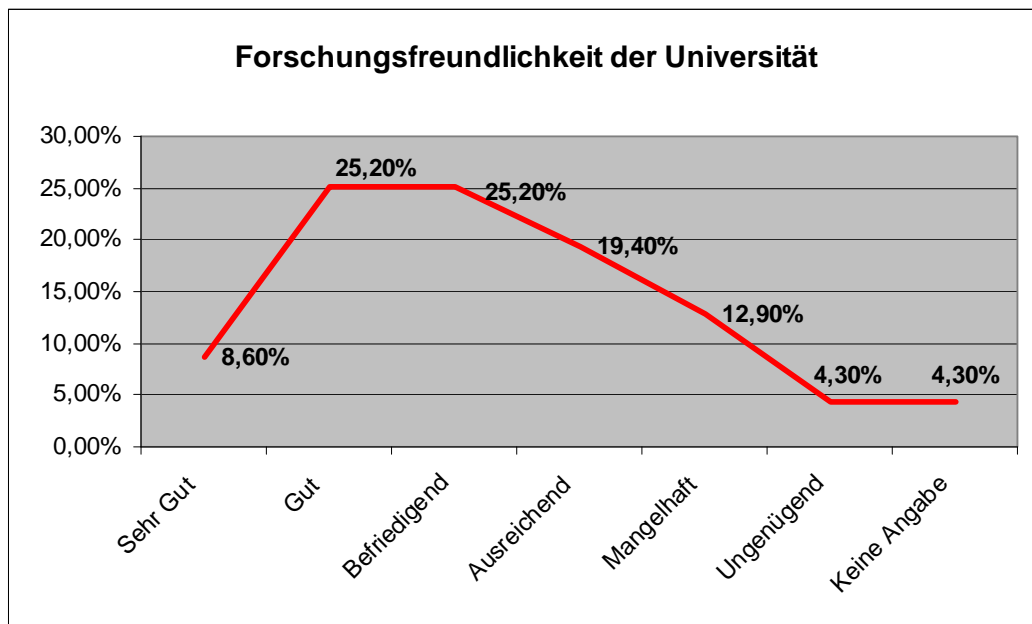


Abbildung 13: Bewertung Forschungsfreundlichkeit der Universität

Bei der abschließenden Bewertung der Forschungsfreundlichkeit der eigenen Hochschule fällt das Ergebnis eher positiv aus. Auch wenn nur 8,6%, bezogen auf die Forschungsfreundlichkeit ihrer Hochschule, die Note Sehr Gut ausstellen, geben jeweils 25,2% die Note Gut bzw. Befriedigend. 19,4% geben noch ein Ausreichend, 12,9% ein Mangelhaft bzw. 4,3% ein Ungenügend.

Fasst man die Daten in drei Kategorien von Gut, Mittel und Schlecht zusammen, ergibt sich folgendes Bild: 33,8% Gut, 44,6% Mittel und 17,2% Schlecht.

Damit bewertet weniger als ein Fünftel die Forschungsbedingungen als schlecht. Andersherum muss man aber sagen: immerhin fast ein Fünftel. Jedoch bescheinigen 78,4% ihrer Hochschule gute bzw. mittelmäßige Forschungsfreundlichkeit.

Zusammenfassend lässt sich Folgendes feststellen: Die Zunahme der Bürokratie bindet viel Zeit und Kraft und steht damit in Konflikt mit der Forschung. Gelder für Forschungsvorhaben von Seiten der Hochschule stehen nur knapp der Hälfte der Probanden zur Verfügung und

dann in der Regel auch nur in einem geringen Umfang. Diese Geldmittel ermöglichen lediglich die Realisierung von kleinen Projekten.

Die Entfaltungsmöglichkeiten für Forschung an der jeweils eigenen Hochschule werden im Durchschnitt als mittelmäßig beschrieben.

Die Gesamtbewertung der Forschungsfreundlichkeit der Hochschule fällt positiver aus. Somit gibt es klare Kritikpunkte an den jeweiligen Rahmenbedingungen, in denen die Forschung stattfindet. Dennoch scheinen die Bedingungen nicht so schlecht zu sein, dass Forschung nicht möglich wäre.

### **3.2.6 Besonderheiten in der Hochschullandschaft von NRW?**

Etwa 40 % der Befragten kamen aus Hochschulen in NRW. Insofern ist ein Vergleich zwischen dem Gesamtergebnis und dem NRW-Ergebnis möglich. Die Daten zeigen beim Wechselspiel zwischen Lehre, Verwaltungsaufgaben und Forschung keine markanten Unterschiede. Anders bei den Fragen zur Förderung der Forschung seitens der Universitäten; hier erhalten die NRW Unis durchweg schlechtere Bewertungen:

- In NRW steht den Probanden seltener Geld von der Uni für Forschung zur Verfügung; wenn überhaupt, dann nur für kleinere Projekte.
- Personalausstattung (Wiss. Mitarbeiter für Forschung) ist in NRW schlechter als im Bundesdurchschnitt.
- Entfaltungsmöglichkeit der Forschung an der Hochschule wird in NRW schlechter bewertet (nur von 17% wird die Note „gut“ vergeben).
- Gesamtbewertung Forschungsfreundlichkeit der Uni: In NRW etwas schlechtere Bewertung als im Bundesdurchschnitt.

### **3.3 Gesellschaftliche Schnittstellen**

Der Einfluss gesellschaftlicher Subsysteme auf die Forscher und Forscherinnen wurde im nächsten Schritt untersucht. Hierzu wurden drei Funktionssysteme der Gesellschaft (Wirtschaftssystem, Politisch-Administratives-System und Mediensystem) und deren Schnittstellen (Thesen, welche die wechselseitige Beziehung beschreiben) mit der Wissenschaft näher beleuchtet. Ziel ist es, die Koppelung der drei Funktionssysteme mit der Wissenschaft und daraus folgend den Einfluss auf die empirische universitäre Sozialforschung zu klären.

Die drei Funktionssysteme bilden die relevante Umwelt für das Wissenschaftssystem. Es wird angenommen, dass eine Koppelung zwischen ihnen und dem Wissenschaftssystem besteht.

Konkret sollen die Restriktionen der drei Funktionssysteme auf die wissenschaftliche Forschung erfasst werden. Den hypothetischen Ausgangspunkt bildet die grundsätzliche Autonomie des Wissenschaftssystems, welche durch die Funktionssysteme Einschränkungen erfährt. Die empirische Erfassung dieser Sachverhalte erfolgt durch die Formulierung von Aussagen (aus der Fachliteratur) und die Bitte an die Befragten um Zustimmung oder Ablehnung.

#### **3.3.1 Wechselwirkung Wissenschaft – Wirtschaft**

Die Wechselbeziehung zwischen Wissenschaft und Privatwirtschaft soll an der marktwirtschaftlichen Verwertung von sozialwissenschaftlichem Wissen untersucht werden. Hier können Formen der Ökonomisierung der Hochschullandschaft eine wichtige Rolle spielen.

Bislang wurden solche Formen der Ökonomisierung vor allem bei natur- und anwendungsorientierten Wissenschaften erfasst. Hier soll nun geklärt werden, ob diese Formen mittlerweile auch für die Sozialwissenschaften zutreffen.



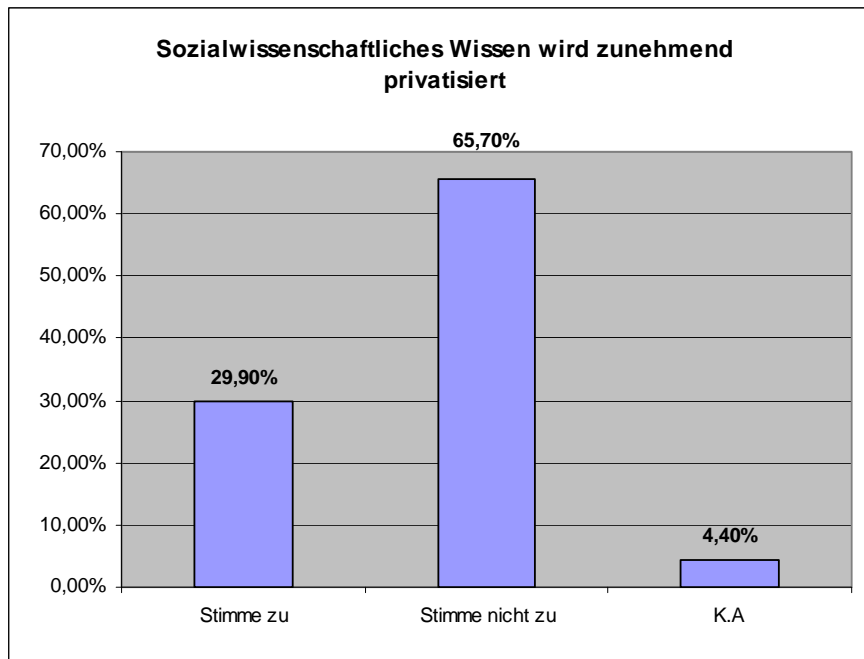


Abbildung 14: These. Sozialwissenschaftliches Wissen wird zunehmend privatisiert

Wissen, vor allem in den natur- und technikorientierten Wissenschaften, unterliegt einem Trend zur Privatisierung. Oft hervorgehoben wird dabei die Patentanmeldung. Die Untersuchung, ob dieses auch auf die Sozialwissenschaften zutrifft, stößt bei den Probanden auf Ablehnung. 65,7% stimmen der These nicht zu. Jedoch gibt ein Drittel an, dass sie einen solchen Trend ausmachen. Ein Trend zur Privatisierung von sozialwissenschaftlichem Wissen ist nicht klar erkennbar.

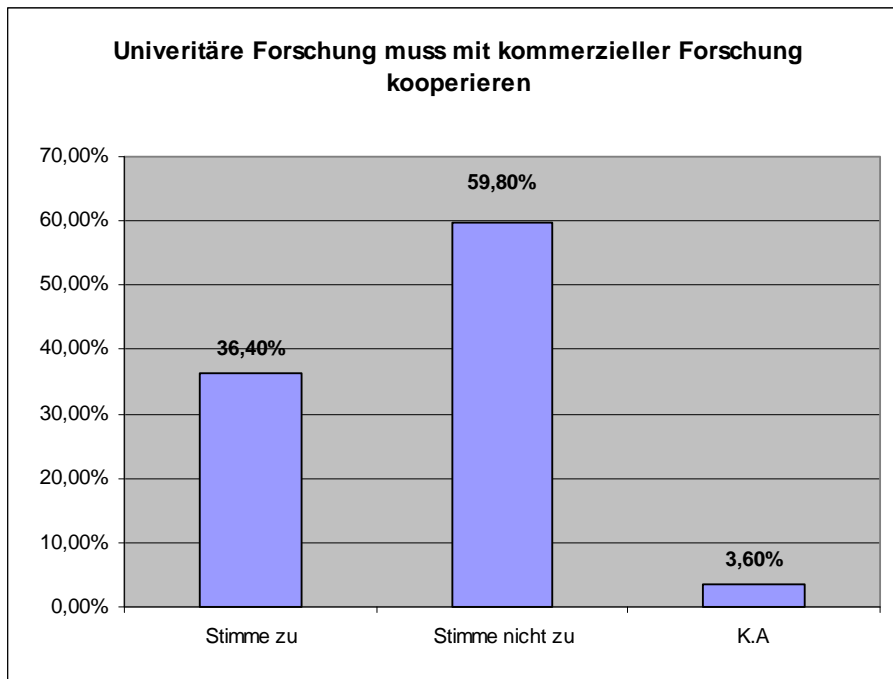


Abbildung 15: These: Universitäre Forschung wurde in vergangenen Jahren gezwungen, mit kommerzieller Forschung zu kooperieren

Forschungskooperationen zwischen universitärer und kommerzieller Forschung haben in den letzten Jahren zugenommen. Die These ist, dass diese Kooperation nicht immer freiwillig war. Jedoch stimmen 59,8% der Probanden nicht zu, dass sie zunehmend mit kommerzieller Forschung kooperieren müssen; sie sehen davon also keine Restriktionen für ihre Forschung ausgehen.

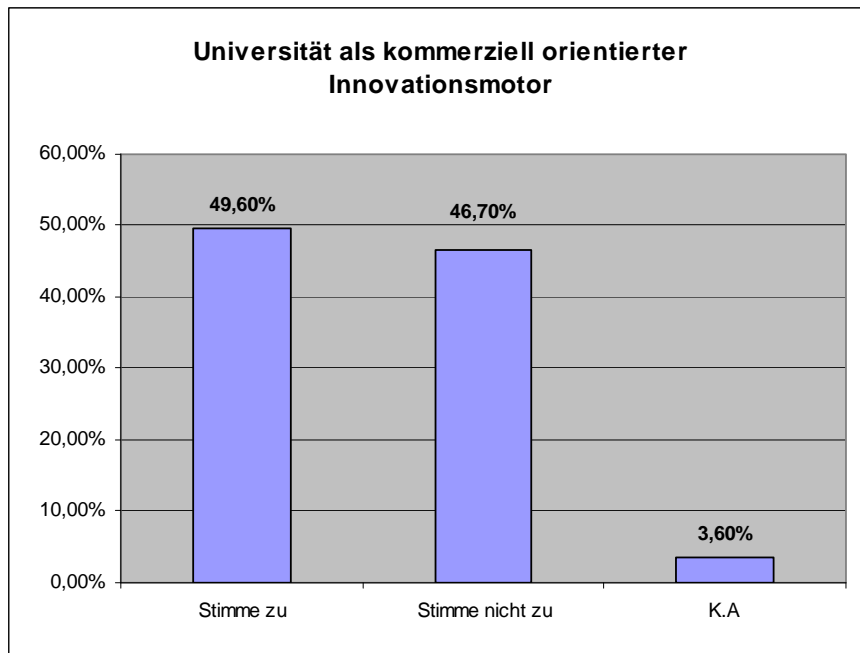


Abbildung 16: These: Die Universität wurde zu einem kommerziell orientierten Innovationsmotor umgebaut

Der verstärkte Umbau der Hochschule zu kommerziell orientierten Innovationsmotoren ist eine weitere These. Forschung an Hochschulen erfolgt vermehrt mit der klaren Prämisse, am Ende wirtschaftlich verwertbare Ergebnisse zu produzieren. So die Ergebnisse aus der Wissenschaftssoziologie, die sich allerdings stark auf naturwissenschaftlich und technisch orientierte Disziplinen bezieht. Forschung, die diesem Ziel nicht gerecht wird, hat demzufolge weniger Chancen auf Verwirklichung. Die Antwort fällt fast ausgeglichen mit 49,6% zu 46,7% aus. Auch wenn demnach die Hälfte der Probanden an ihrer Hochschule diesen Trend nicht sehen, wird er von der anderen Hälfte der Befragten wahrgenommen.

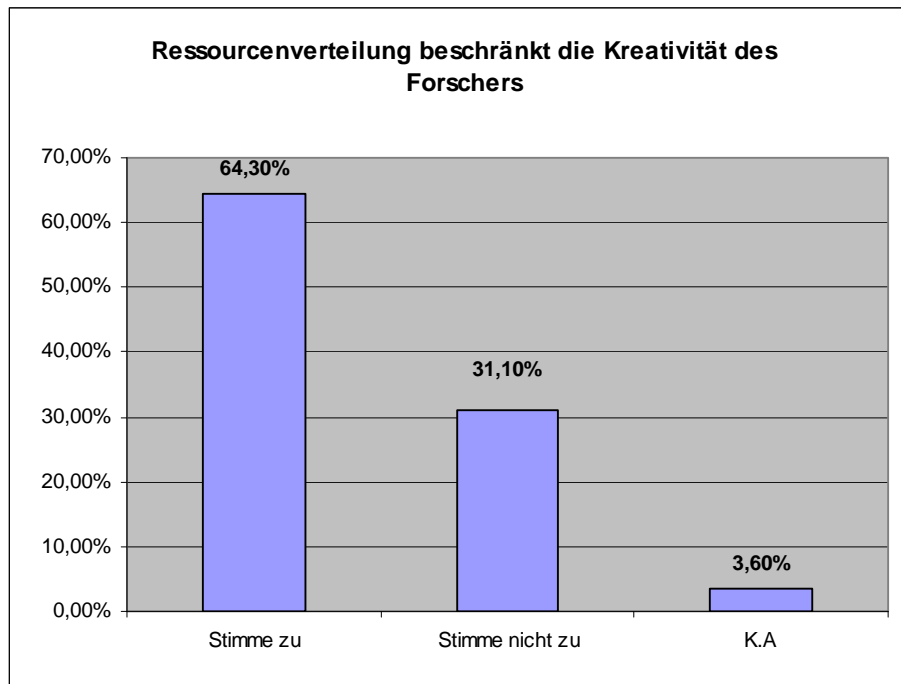


Abbildung 17: These: Effizienzorientierte Steuerung der Ressourcenverteilung beschränkt Kreativität des Forschers

Auch die effizienzorientierte Steuerung der Ressourcenverteilung ist ein Hinweis auf die Ökonomisierung. Diese Steuerung würde in zunehmendem Maße die Kreativität der Forscher und Forscherinnen einschränken. Dieser These stimmen mehr als zwei Drittel der Befragten zu (64,3%) – also eine besonders kritikwürdige Folge der Ökonomisierung; nur 31,1 % lehnen diese These ab.

Zusammenfassend bleibt festzustellen: die Restriktionen der Privatwirtschaft auf die Forschung in den Sozialwissenschaften sind nicht stark ausgeprägt. Ein durchgehender Trend hin zur Ökonomisierung wird von den Befragten nicht beobachtet.

### 3.3.2 Wechselwirkung Wissenschaft – politisch-administratives System

Das wechselseitige Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung auf der einen und der Wissenschaft auf der anderen Seite bezeichnet die zweite Schnittstelle, die in der Online Befragung berücksichtigt wurde. Das politisch-administrative System (PAS) benötigt Wissen als Grundlage für verbindliche Entscheidungen. Dieses Wissen kann es nicht selber produzieren und ist damit unter anderem auf die Wissenschaft angewiesen. Hier entsteht eine Konfliktlinie zwischen den beiden Funktionssystemen: dabei können die Einflüsse bürokratisch-regulatorischer Art sein, aber auch die Themenwahl und die Ergebnistendenzen betreffen.

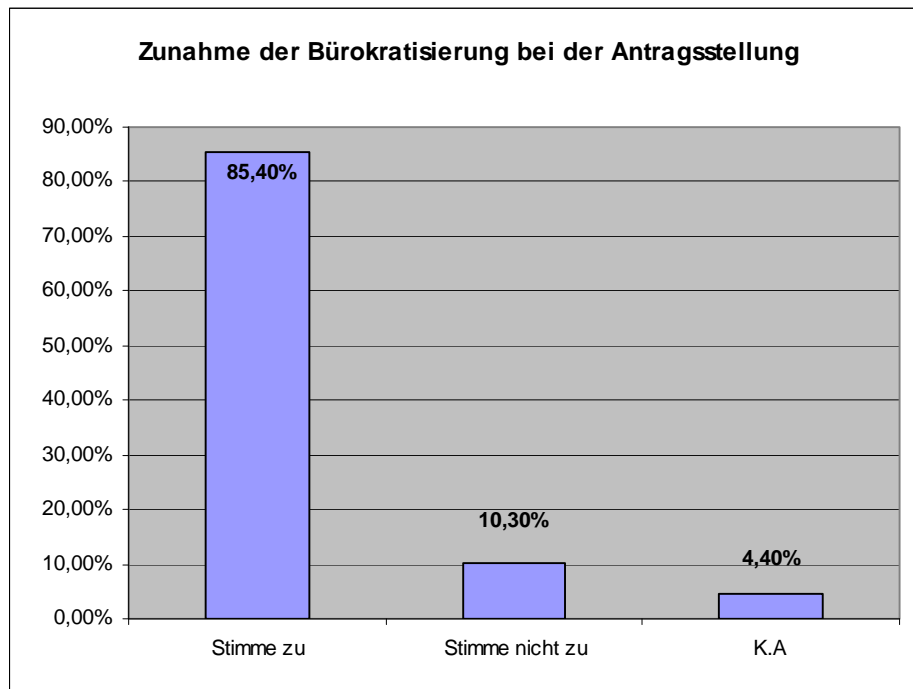


Abbildung 18: These: Bürokratisierung bei Antragstellung hat zugenommen

Es wurde unter anderem vermutet, dass der bürokratische Aufwand bei Antragstellungen für Forschungsvorhaben zugenommen hat. Mit einer überwältigenden Mehrheit von 85,4% bestätigen die Probanden diese These und damit die Zunahme der Bürokratisierung in der Forschung. Dieses stellt eine klare Restriktion dar.

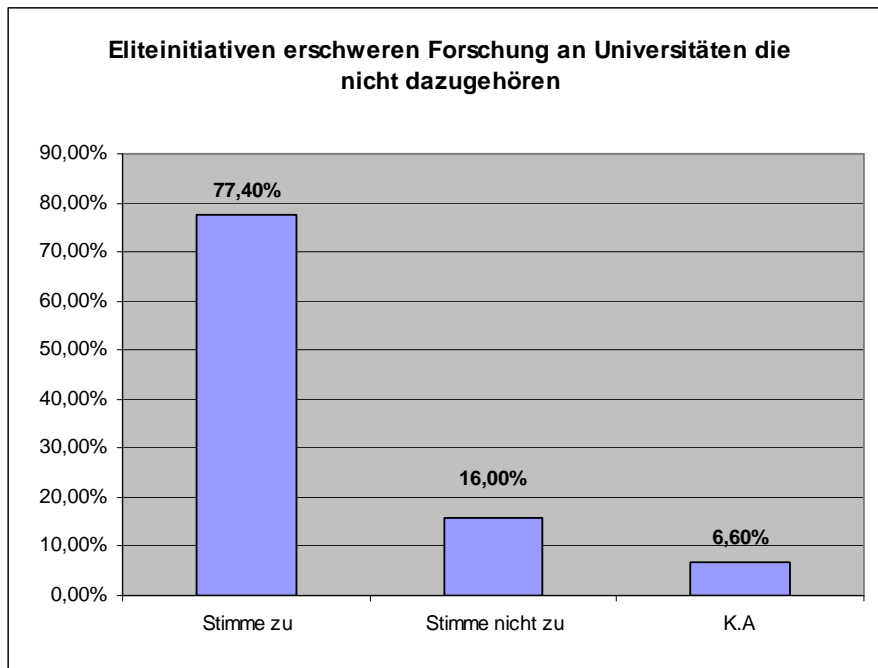


Abbildung 19: These: Exzellenz- und Eliteinitiativen erschweren Forschung an denjenigen Universitäten, die nicht dazugehören

Die durch die Politik initiierten Exzellenz- und Eliteinitiativen sollen Spitzenlehre und Spitzenforschung fördern. Es ist zu vermuten, dass die nicht dazugehörigen Universitäten benachteiligt sind. Dieses bejaht eine deutliche Mehrheit von 77,4%. Demnach erschweren die Eliteinitiativen die Forschung an den Universitäten, die nicht an den Eliteprogrammen von Bund und Ländern partizipieren können. Dieses ist ebenfalls als klare Einschränkung zu werten.

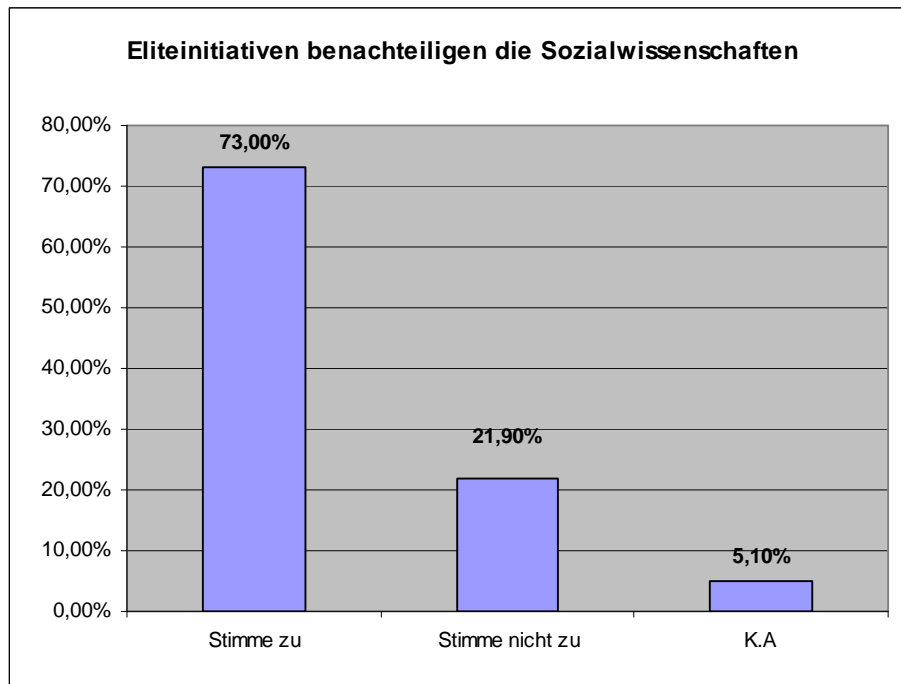


Abbildung 20: These: Exzellenz- und Eliteinitiativen benachteiligen die Sozialwissenschaften

Der Einfluss der Eliteinitiativen auf die Sozialwissenschaften im Speziellen betrachtet ist ein weiteres Statement. Dieses geht davon aus, dass die Sozialwissenschaften, im Gegensatz zu natur- und technischen Fächern, per se durch die Exzellenz- und Eliteinitiativen benachteiligt sind. Dieses Statement teilt eine deutliche Mehrheit von 73%, während nur 21,9% es ablehnen.

Die Restriktionen durch das PAS sind deutlich stärker als jene durch die Privatwirtschaft. Ein Einfluss auf die sozialwissenschaftliche Forschung ist zu attestieren. Es betrifft nicht nur die Modalitäten von Antragstellung, Abwicklung und Finanzierung, sondern auch die inhaltliche Ausrichtung der Forschungsthemen.

### 3.3.3 Wechselwirkung Wissenschaft – Mediensystem

Der dritte Teil untersucht die Einflüsse des Mediensystems auf die Forschung. Die Medien übernehmen eine Mittlerposition zwischen Wissenschaft und der Gesellschaft bzw. Öffentlichkeit. Mit ihrer Hilfe überbrückt die Wissenschaft die Distanz zwischen sich und der Öffentlichkeit. Die Forschung muss sich, so die Grundannahme, den Funktionslogiken der Medien beugen, um von diesen wahrgenommen zu werden.

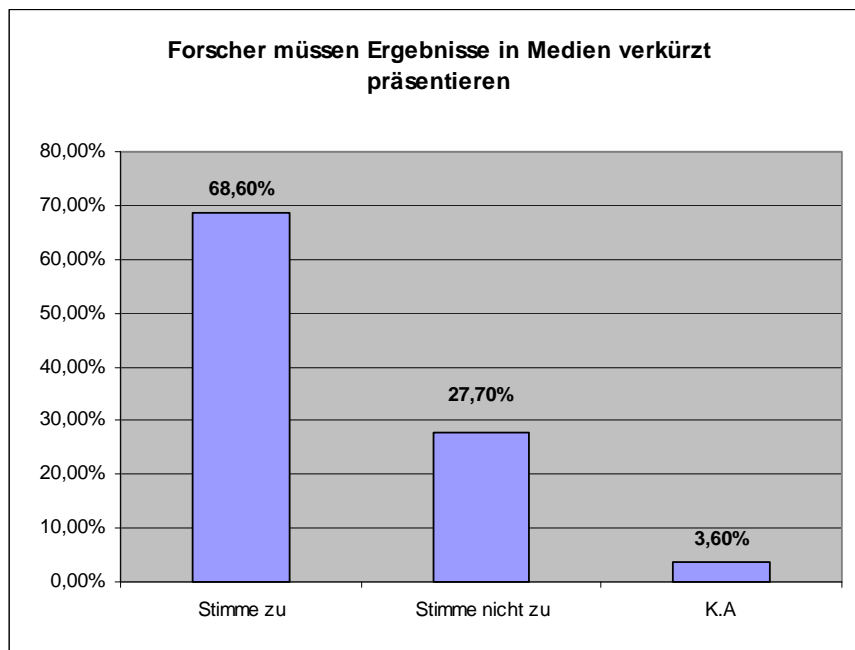


Abbildung 21: These: Forscher müssen Ergebnisse in den Medien immer verkürzter präsentieren

Eine Form dieser Anpassung ist, dass die Forscher und Forscherinnen ihre Ergebnisse in den Medien immer verkürzt präsentieren müssen. Dieses geht zu Lasten der inhaltlichen Substanz der Ergebnisse. Die These erfährt von 68,6% eine Zustimmung, weniger als ein Drittel lehnen sie hingegen ab. Dieser Anpassungszwang schränkt die Forscher und Forscherinnen in ihrem Wirken ein.



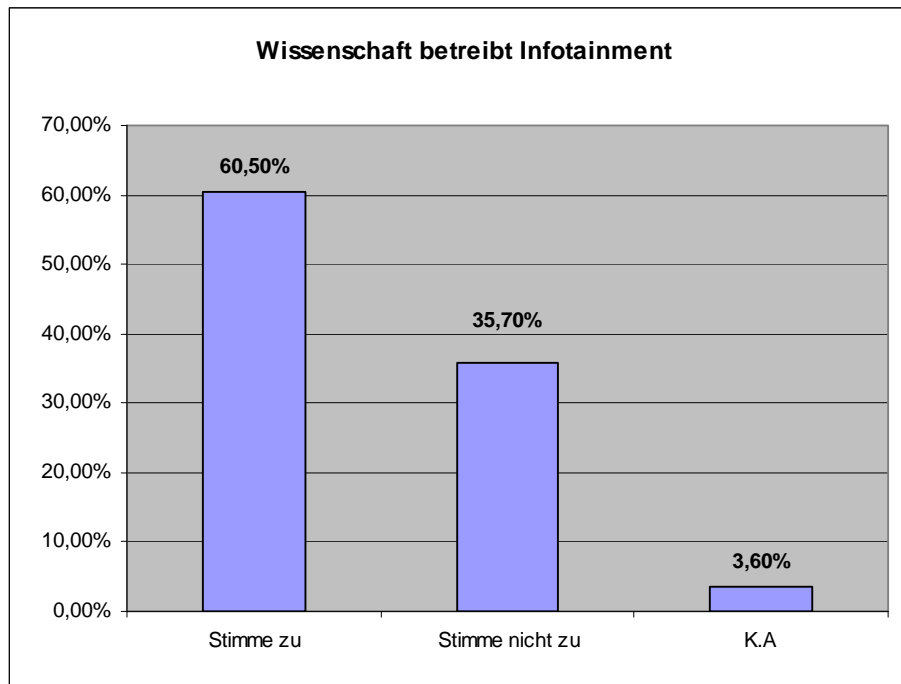


Abbildung 22: These: Wissenschaft betreibt Infotainment, um Inhalte in den Medien besser kommunizieren zu können

Die modernen Massenmedien legen zunehmend ihren Schwerpunkt auf Unterhaltung. Informationen werden in der Folge oft nur noch als Infotainment verpackt. Dieses geht wieder zu Lasten der inhaltlichen Substanz. Um in den Medien einen Platz zu finden, muss auch die Wissenschaft zunehmend Infotainment betreiben. Diese Annahme teilen 60,5% der Probanden, 35,7% lehnen sie ab.

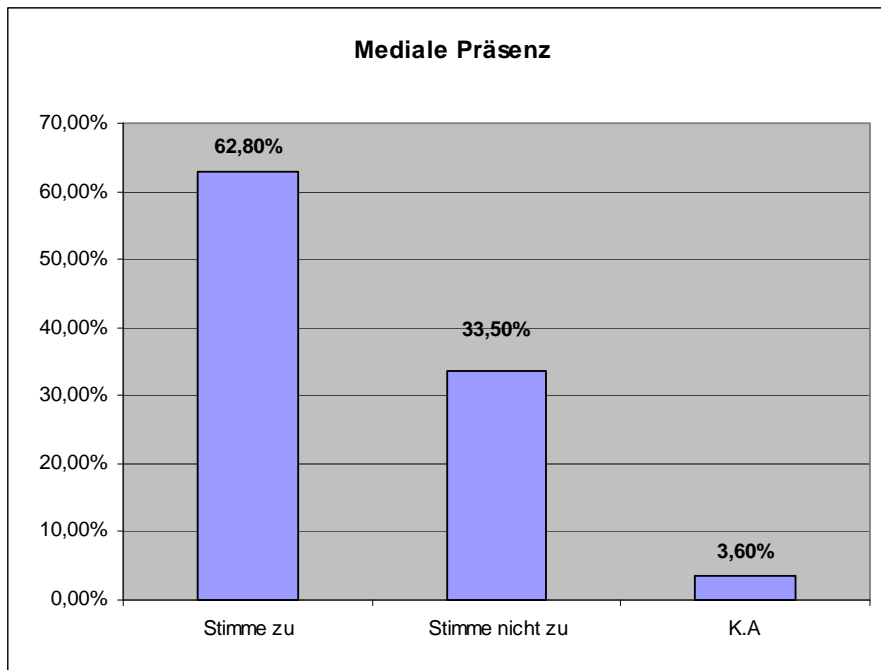


Abbildung 23: These: Die mediale Präsenz des Forschers wird für Realisierungschancen seiner Forschung immer bedeutender

Die mediale Präsenz eines Forschers entscheidet zunehmend über die Realisierungschancen der Forschungsvorhaben. Beispielsweise in der Form, dass über eine häufige Präsenz besser (Dritt-) Mittel akquiriert werden können. Dieser These stimmen 62,8% zu. Um in die Medien zu gelangen, muss man sich ihren Regeln unterwerfen, beispielsweise durch verkürzte Darstellung der Ergebnisse oder durch Infotainment.

Als Fazit der dritten Schnittstelle bleibt festzuhalten, dass nach Auffassung der Befragten auch vom Mediensystem starke Restriktionen ausgehen. Nur über die Medien kann die Wissenschaft um Akzeptanz in der Öffentlichkeit werben. Die Medien entscheiden jedoch nicht nach wissenschaftlichen Kriterien, sondern nach eigenen Regeln (z.B. Erzeugung von Aufmerksamkeit), denen sich die Forscher und Forscherinnen unterwerfen müssen.

### 3.3.4 Fazit und Gruppenvergleich

Die Bewertung der Schnittstellen erfolgt differenziert:

\* Hinsichtlich der Einflüsse durch Ökonomisierung gibt es i.d.R. nur die Zustimmung von einem Drittel der Befragten; Ausnahmen sind die häufigere Zustimmung zu „Universität als kommerziell orientierter Innovationsmotor“ (ca. die Hälfte stimmen der Typisierung zu)

sowie die Aussage, dass die Ressourcenverteilung die Kreativität der Forscher und Forscherinnen beeinträchtigt: mit ca. 2/3 eine beachtenswerte Zustimmungsrate.

\* Deutlich mehr Zustimmung erhalten kritische Aussagen über Forschungs-Politik und Bürokratie: durchweg 70 – 80 % der Befragten.

\* Ähnlich häufig (2/3 und mehr) wird den Aussagen über die zunehmenden Einflüsse des Mediensystems auf die Forschung zugestimmt.

Insgesamt kann man also von einer relativ breiten Zustimmung zu den in der Fachliteratur formulierten Einfluss-Thesen sprechen. Wie dies auf einzelne Aspekte der Forschungsaktivitäten durchschlägt wird demnächst in einer weiteren Publikation dargestellt.

Für die Präsentation der Ergebnisse zur Schnittstellenbewertung wurde ein Vergleich zwischen den beiden Fachrichtungen Soziologie und Politikwissenschaft durchgeführt. Dabei zeigten sich nur wenige erwähnenswerte Differenzen:

- sozialwissenschaftliches Wissen wird privatisiert: PW 32% Soz 25%
- Universität als kommerzieller Innovationsmotor: PW 37% Soz 50%
- Kreativität wird durch Ressourcenverteilung beschränkt: PW 60% Soz 70%

Alle anderen Differenzen liegen bei etwa 5% oder weniger. Dadurch entsteht insgesamt das Bild einer eher gleichartigen Reaktion der beiden Fachgruppen auf die einzelnen Fragen bzw. Thesen zu den Einflüssen anderer Funktionssysteme auf die sozialwissenschaftliche Forschung.

## Literaturliste zum Lehrforschungsprojekt

- Bohnen, Alfred (Hrsg.): Wege der Vernunft - Festschrift für Hans Albert. Tübingen 1991.
- Bonß, Wolfgang / Hartmann, Heinz (Hrsg.): Entzauberte Wissenschaft – Zur Relativität und Geltung soziologischer Forschung. Soziale Welt, Sonderband 3 (1985).
- Böschen, Stefan/ Wehling, Peter: Wissenschaft zwischen Folgenverantwortung und Nichtwissen, Wiesbaden 2004.
- Böschen, Stefan/Schulz- Schaeffer, Ingo (Hrsg.): Wissenschaft in der Wissensgesellschaft. Wiesbaden 2003.
- Carrier, Martin: Wissenschaftstheorie zur Einführung, 2. Auflage, Hamburg 2008.
- Döhring, Eberhard: Paul K. Feyerabend zur Einführung, Hamburg 1998.
- Falk, Svenja/Rehfeld, Dieter/Römmele, Andrea/Thunert, Martin: Kooperative Politikberatung- Ein neues Beziehungsgeflecht zwischen Politik und Politikberatung? In: Politische Vierteljahresschrift, 48. Jg. (2007), Heft 2.
- Feyerabend, Paul Karl: Wider dem Methodenzwang, Frankfurt am Main 2003.
- Gläser, Jochen: Wissenschaftliche Produktionsgemeinschaften, Frankfurt am Main 2006.
- Hofmann, Jeanette (Hrsg.): Wissen und Eigentum – Geschichte, recht und Ökonomie stoffloser Güter, Bonn 2006.
- Luhmann, Niklas: Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft, Bd. 4, Frankfurt a.M. 1995.
- Luhmann, Niklas: Universität als Milieu. Bielefeld 1992.
- Luhmann, Niklas: Die Wissenschaft der Gesellschaft, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1991.
- Luhmann, Niklas: Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme, Bd. I, Köln/Opladen 1970.
- Matthies, Hildegard (Hrsg.): Wissenschaft unter Beobachtung. Effekte und Defekte von Evaluationen, Wiesbaden 2008. 5. Auflage, Göttingen 2008.
- Mayntz, Renate/F.Neidhardt, Friedhelm/Weingart, Peter/Wengenrot, Ulrich (Hrsg.): Wissensproduktion und Wissenstransfer: Wissen im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Bielefeld 2008.
- Meindl, Christian N.: Wissenschaftstheorie für SozialforscherInnen. 2008.

- Moulines, Carles Ulises.: Die Entwicklung der modernen Wissenschaftstheorie (1890-2000) – Eine historische Einführung, Hamburg 2008.
- Schüle, Johann August /Reitze, Simon: Wissenschaftstheorie für Einsteiger, 2. Auflage, Wien 2005.
- Schützeichel, Rainer (Hrsg.): Handbuch der Wissenssoziologie und Wissenschaftsforschung, Konstanz 2007.
- Seiffert, Helmut: Einführung in die Wissenschaftstheorie, Bd. 1-3, München 1996 - 2003.
- Vollmer, Gerhard: Wissenschaftstheorie im Einsatz, Stuttgart 1993.
- Voßkamp, Wilhelm (Hrsg.): Ideale Akademie – Vergangene Zukunft oder konkrete Utopie?; Berlin 2002.
- Weingart, Peter: Wissenschaftssoziologie, Bielefeld 2003.
- Weingart, Peter: Die Stunde der Wahrheit. Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft; Weilerswist 2001.